

lieh war es, gegeben hat. Aber auch dieser Rechtsnachfolger ist aufgefordert worden zu berichten. Es ist festzustellen, wie ich im Bericht bereits vorgetragen habe, daß die Vereinigungen und parteinahen Organisationen, aber auch - so weit ich weiß - die neuen Parteien ihrer Berichtspflicht bisher nicht nachgekommen sind.

Barthel (CDU/DA):

Und wenn es festgestellt ist, das Vermögen, soll dann dieses Vermögen auch übergeführt werden wie alles andere?

Ministerpräsident de Maiziere:

Im Gesetz steht, was damit geschehen soll, und es ist im übrigen ausgeführt, daß eine endgültige Entscheidung darüber vorbehalten bleibt, wenn ich den Gesetzestext noch genau in Erinnerung habe.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte schön, die letzte Frage.

Siegfried Wetzel (CDU/DA):

Herr Ministerpräsident! Ist Ihnen bekannt, daß in den Jahren 1965 bis 1966/67 viele Tauschprogramme durchgeführt wurden zwischen den parteieigenen und volkseigenen Objekten der SED und daß es damals unter dem Namen Treuhand GmbH Fundament Berlin lief und daß die dann 1972 umgewandelt wurde in organisationseigene Fundament Berlin mit Ministerratsbeschluß Mdl?

Ministerpräsident de Maiziere:

Das ist genau das, was hier in dem Bericht angesprochen worden ist. Einzelheiten sind mir nicht bekannt, es ist aber auch nicht mein Auftrag, die Kommissionsarbeit zu leisten und die Einzelfeststellungen zu treffen, sondern es ist Aufgabe der Kommission.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Wir machen 12 Minuten Pause und treffen uns 21.05 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung)

Ich denke, jetzt ist es doch wichtig, daß die Abgeordneten, die draußen sind und das zur Zeit vielleicht nur am Bildschirm sehen, hier hereinkommen.

Ich rufe auf zum **Tagesordnungspunkt 4 a**. Es geht um die Fortsetzung der heute bereits aufgerufenen Verhandlung. Sie erinnern sich daran: Es stand jetzt zur Aussprache der Änderungsantrag gegenüber dem ursprünglichen Antrag der Fraktion Die Liberalen, der Ihnen vorliegt, auf dem die Punkte 1 und 2 stehen, und es lag ein weiterer Änderungsantrag von der CDU/DA-Fraktion vor.

Dieser dritte Text soll jetzt noch einmal in einer Variation eingebracht werden und sozusagen gegen den heute nachmittag eingebrachten ausgetauscht werden. Der Abgeordnete Kamm hat dazu das Wort.

Dr. Kamm (CDU/DA):

Der Koalitionsausschuß hat getagt und hat sich mit dem Änderungsantrag der Volkskammerfraktion der CDU/DA zur Drucksache Nr. 148 befaßt. Wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Volkskammer möge beschließen:

Die Volkskammer beauftragt ihre Präsidentin, mit der Präsidentin des Deutschen Bundestages eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse für Deutsche Einheit noch im Juli einzuberufen, um über gesamtdeutsche Wahlen zu beraten.

Die Volkskammer beauftragt die Regierung der DDR, mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, parallel zu den Verhandlungen zum Einigungsvertrag einen Vertrag zur Vorbereitung der gesamtdeutschen Wahlen auszuhandeln. Dabei muß gesichert sein, daß nach Abschluß des Einigungsvertrages oder parallel zu diesem die Wahlmodalitäten beispielsweise durch Veränderung der Fristen im Bundeswahlgesetz so gestaltet werden, daß eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahl im Dezember gewährleistet ist. Die Vorschläge der beiden Ausschüsse für deutsche Einheit sollten dabei Berücksichtigung finden.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Kann ich den Text vielleicht noch einmal bekommen, damit ich ihn einmal hier vorn schriftlich habe?

(Frau Birthler, Bündnis 90/Grüne: Wir auch, bitte!)

Wir konnten ihn jetzt nicht in der ausreichenden Zahl von Exemplaren herstellen!

Ich werde ihn noch einmal vorlesen. Wenn Sie bitte den alten Text...

(Frau Birthler, Bündnis 90/Grüne: Ich bestehe darauf, daß wir den Text schriftlich bekommen.)

Bitte schön.

Claus (PDS):

Herr Abgeordneter Kamm - Hören Sie mich?, schwerbeschäftigt ... -, Sie sagten, "wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen" und hatten zuvor als Subjekt über den Koalitionsausschuß gesprochen.

Für die Abgeordneten oder zumindest für mich ist jetzt nicht klar geworden: Ist mit "Wir" der Koalitionsausschuß, repräsentierend verschiedene Fraktionen, oder Ihre Fraktion gemeint?

Dr. Kamm (CDU/DA):

Der Koalitionsausschuß besteht aus den Vorsitzenden der Fraktionen und einem Minister der in der Koalition vereinten Parteien, und mit diesem Gremium haben wir gemeinsam beraten.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Da ist ein Geschäftsordnungsantrag zuerst gestellt worden. Bitte schön.

Frau Birthler (Bündnis90/Grüne):

Herr Präsident, wir freuen uns natürlich, wenn ein Kompromiß zustande kommt, aber bei einem solch schwerwiegenden Stoff bestehen wir darauf, daß uns dieser Antrag schriftlich vorliegt, bevor er beraten wird.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Diesem Anliegen, das ich verstehe, kann durch zweierlei Dinge Rechnung getragen werden.